

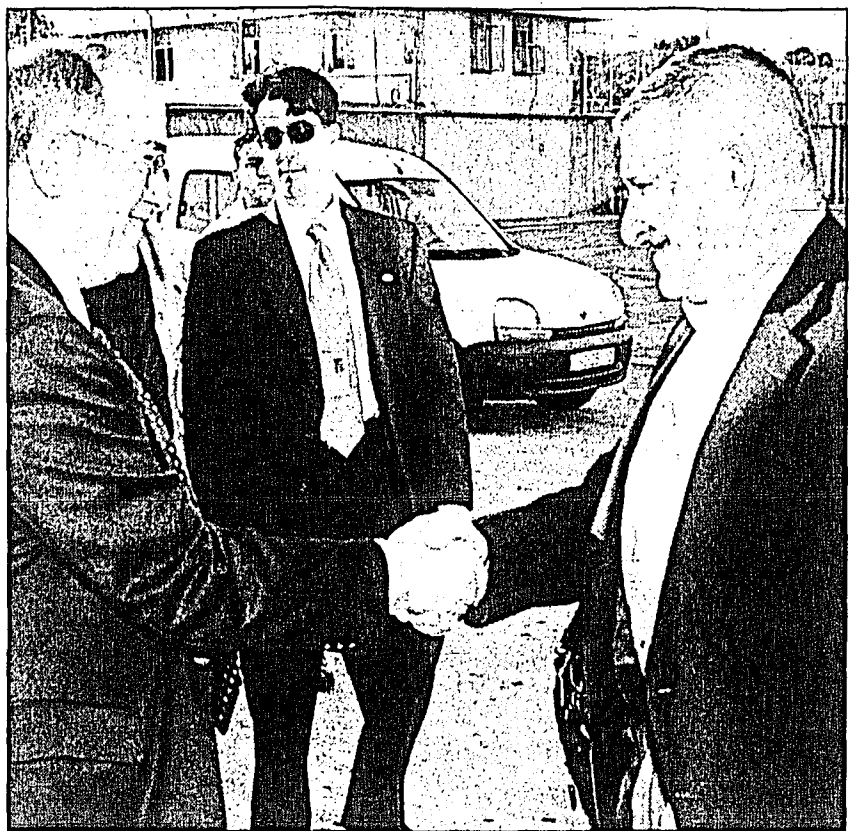
# Neue Mission für Zinni

Zinni ist in Nahost eingetroffen und nimmt die Vermittlungen wieder auf

JERUSALEM: Nach dreiwöchiger Unterbrechung hat der US-Gesandte Anthony Zinni am Donnerstag seine Vermittlungsbemühungen zwischen Israelis und Palästinensern wieder aufgenommen. Kurz vor dem Eintreffen Zinnis hoben die israelischen Streitkräfte ihre Blockade von sechs Orten im Westjordanland wieder auf und räumten Stellungen in palästinensischen Gebieten.

Doch drangen Soldaten erneut in palästinensisch kontrollierte Orte ein und nahmen fünf militante Moslemkämpfer fest. Zinni traf sich unmittelbar nach seiner Ankunft am Donnerstag nachmittag mit Sicherheitsexperten beider Seiten. Am Freitag stehen Gespräche mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon und dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat auf seinem Terminplan. Zinnis erster Aufenthalt im Nahen Osten nach dem Abbruch der Vermittlung Mitte Dezember soll vier Tage dauern.

Israelische Truppen räumten am Donnerstag im Westjordanland Stellungen in den Ortschaften Dschenin und Ramallah. Auch die Blockaden von Kalkilja, Tulkarem und Hebron wurden aufgehoben. Im Norden Ramallahs blieben aber Militärfahrzeuge



Anthony Zinni (rechts) wird vom USA-Botschafter in Israel begrüßt. Er will seine Vermittlungsbemühungen fortsetzen.

nahe Arafats Büro in Stellung. Ausserdem nahmen israelische Kommandos in Hebron vier mutmassliche Mitglieder der militanten Organisation Islamischer Dschihad fest. Bei einer zwei-

ten Razzia in der Ortschaft Kurf Roman im Westjordanland wurde ein Mitglied der Hamas festgenommen. Nach Angaben von Einwohnern wurden die Blockaden im Gazastreifen

nicht gelockert.

Zinni will sich um die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens bemühen, das sein Vorgänger George Tenet im vergangenen Jahr aushandelte und das von beiden Seiten akzeptiert wurde. Sharon beharrt jedoch trotz der fast drei Wochen andauernden relativen Ruhe - in dieser Zeit wurde kein Israeli mehr von einem Palästinenser getötet - auf seiner Forderung nach einer Woche ohne jegliche Gewalt. Der palästinensische Unterhändler Sajeb Erakat warf Sharon deshalb vor, er sabotiere Zinnis Mission, noch bevor sie begonnen habe.

## Israel ist für Tenet-Plan

Scharons Berater Salman Schoval sagte, Israel stehe zu dem Tenet-Plan. Er räumte jedoch ein, dass die Frage der jüdischen Siedlungen zu Problemen in der Mitte-rechts-Koalition führen könnte. Einen weiteren Streitpunkt bietet die Entscheidung der israelischen Regierung, Arafat in Ramallah faktisch unter Hausarrest zu stellen, bis er die Verantwortlichen für die Ermordung des israelischen Tourismusministers Rehavam Seevi festnimmt. Das russische Aussenministerium forderte Israel am Donnerstag auf, die Reisebeschränkungen für Arafat zu lockern, damit dieser an der orthodoxen Weihnachtsfeier in Bethlehem teilnehmen kann.

## NACHRICHTEN

### Südasien-Gipfel im Schatten des Indisch-pakistanischen Streits

KATHMANDU: Überschattet vom indisch-pakistanischen Konflikt beginnt heute (10.00 Uhr MEZ) in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu das dreitägige Gipfeltreffen der Südasiatischen Vereinigung für Regionale Zusammenarbeit (SAARC). An der Konferenz werden auch der indische Ministerpräsident Atal Bihari Vajpayee und der pakistanische Präsident Pervez Musharraf teilnehmen. Es wird das erste Mal seit dem fehlgeschlagenen bilateralen Gipfel vor fünf Monaten sein, dass die beiden Staatsmänner wieder an einem Tisch sitzen. Ein direktes Gespräch mit Musharraf am Rande der Konferenz in Nepal sei jedoch nicht vorgesehen, erklärte Vajpayee gestern vor seiner Abreise.

### Friedensgespräche neu beleben

BOGOTA: Nach einer Reihe blutiger Angriffe linksgerichteter Guerilleros hat der kolumbianische Präsident Andres Pastrana einen neuen Versuch zur Wiederbelebung der seit Monaten in Agonie liegenden Friedensgespräche unternommen. Er schickte seinen Unterhändler Camilo Gomez am Donnerstag in das Rebellengebiet im Süden des Landes. Gomez traf in dem Ort Los Pozos mit einem Befehlshaber der grössten Guerillagruppe Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC) zusammen. In einer FARC-Erklärung wurden die Aussichten auf einen Friedensschluss optimistisch beurteilt. Es fehle seitens der FARC nicht am Willen, zu einer tragbaren Lösung beizutragen, die den Friedensprozess voranbringen könne, sagte der Rebellen-Unterhändler Simon Trinidad. Man werde jedoch keine einseitigen Massnahmen der Regierung akzeptieren. Der Bürgerkrieg in Kolumbien dauert mittlerweile über 37 Jahre und hat jährlich durchschnittlich 3500 Menschenleben gefordert.

### Milzbrand: Erneut verdächtiger Brief im US-Kongress aufgetaucht

WASHINGTON: Fast drei Monate nach dem ersten Milzbrand-Brief an den US-Kongress ist dort erneut ein Umschlag mit einem verdächtigen Pulver aufgetaucht. Der Umschlag wurde in den Büros des Mehrheitsführers im Senat, Tom Daschle, gefunden. Wie ein Polizeisprecher am Donnerstag in Washington weiter mitteilte, war zunächst unklar, um welche Substanz genau es sich bei dem weissen Pulver handelte. Offenbar waren es jedoch keine Milzbrandsporen. Das Pulver sei nach ersten Erkenntnissen ungefährlich, sagte der Sprecher. Nach dem Auftauchen des ersten Milzbrandbriefes im Oktober hatten Senat und Repräsentantenhaus ihre Arbeit für mehrere Tage unterbrochen. Dieser Brief war ebenfalls an Daschle adressiert gewesen. Mitte November war dann noch ein mit Milzbrand verseuchter Brief an den Senator Patrick Leahy aufgetaucht.

### Putin entlässt Eisenbahnminister

MOSKAU: Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag Eisenbahnminister Nikolai Aksjonenko entlassen, gegen den im vorigen Jahr ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs eingeleitet worden war. Wie die Nachrichtenagentur Interfax meldete, erfolgte die Entlassung nach einer Unterredung des Ministerpräsidenten Michail Kasjanow mit Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow, bei der es um eine Rechnungsprüfung im Eisenbahnministerium ging. Aksjonenko gehörte zum inneren Kreis des früheren Präsidenten Boris Jelzin. Putin hat sich seit seinem Amtsantritt bemüht, den Einfluss dieses Kreises zu brechen, der im Geruch der Korruption steht.

## Keine Gespräche zwischen Indien und Pakistan

Kämpfe fordern erneut Tote und Verletzte

NEU DELHI: Auch einen Tag vor Beginn der Südasienkonferenz hat sich im Konflikt zwischen Indien und Pakistan keine diplomatische Lösung abgezeichnet. In Kaschmir forderten heftige Kämpfe erneut Tote und Verletzte.

Der indische Premier Atal Behari Vajpayee sagte am Donnerstag vor seiner Abreise zum Südasien-Gipfel in Kathmandu, er schliesse ein Gespräch mit Pakistans Militärmachthaber Pervez Musharraf am Rande des Treffens aus, solange Pakistan nicht den grenzüber-

schreitenden Terrorismus bekämpfe.

### Anschlag auf Parlament in Srinagar

Am Mittwochabend wurden bei einem Anschlag vor dem Parlament in Srinagar im indischen Teil Kaschmirs zwei Menschen getötet und 16 weitere verletzt. Als Attentäter wurden moslemische Extremisten vermutet. Der Anschlag habe gezeigt, dass Pakistan «nicht die Absicht hat, den Terrorismus aufzugeben», sagte Vajpayee. Er glaube jedoch nicht, dass ein Krieg mit Pakistan «notwendig» sei.

Musharraf seinerseits betonte bei einem Zwischenstopp auf dem Weg nach Kathmandu in Peking, Pakistan sei weiterhin dabei, notwendige Massnahmen im Kampf gegen Terroristen zu unternehmen und Extremisten in ihre Grenzen zu weisen. Die von Indien geforderte Auslieferung mutmasslicher Terroristen lehnte er jedoch weiterhin ab.

### Neue Gefechte und Ausgangssperre

In Kaschmir lieferten sich beide Seiten bis Donnerstagmorgen erneut hef-

tige Kämpfe. Nach Angaben des indischen Verteidigungsministeriums beschossen sich indische und pakistanische Soldaten nahe Malaballa im Süden der Region mit Mörsern. In einem Grenzort im pakistanischen Teil Kaschmirs wurde eine Frau durch indische Artilleriegeschosse getötet, drei Familienmitglieder schwer verletzt, wie die pakistanische Polizei mitteilte. Nach indischen Polizeiangaben wurden innerhalb von 24 Stunden 22 moslemische Separatistenkämpfer und vier indische Soldaten getötet.

## Suchaktion nach Taliban-Chef Omar

Erste Offiziere aus Kabul zurückgekehrt

KABUL: Das US-Militär setzte am Donnerstag in Afghanistan seine grossangelegte Suchaktion nach Taliban-Chef Mullah Mohammed Omar fort. Die afghanische Regierung wartete unterdessen nach Verhandlungen auf eine Antwort Omars.

Die Verhandlungen über eine Kapitulation des Taliban-Chefs seien abgeschlossen, sagte ein Sprecher von Kandahars Geheimdienstchef Hadshi Gullalai. Ziel sei es, Blutvergiessen zu vermeiden. Omar wird in den Bergen in der Nähe der Stadt Baghlan in der Provinz Helmand im Norden von Kandahar vermutet. Der Anführer einer Taliban-Truppe soll die Auslieferung von Mullah Omar unter der Bedingung angeboten haben, dass die USA ihre Bombenangriffe einstellen.

Bis zu 1500 Kämpfer der Taliban und der radikalislamischen Organisation El Kaida seien zur Aufgabe bereit, berichtete ein Geheimdienst-Mitarbeiter in der Provinz Kandahar. 200 ehemalige Taliban-Kämpfer hat der afghanische Übergangspräsident Hamid Karsai bereits begnadigt. Die Männer seien während des Krieges an mehreren Fronten im Norden des Landes gefangen genommen und jetzt ihren Familien übergeben worden.

### Fallschirmjäger ersetzen Marines

Die bisher in Afghanistan eingesetzten gut 1000 Marine-Infanteristen sollen jetzt von US-Fallschirmjägern abgelöst werden, hiess es in Washington. Vordringlichstes Ziel bleibe es, die Taliban-Führung und die Führung der Bin-Laden-Organisation El Kaida zu fassen. Dabei geht die US-Armee gemeinsam mit afghanischen Anti-Taliban-Kämpfern vor. Bis zu 5000 afghanische Soldaten sollen an dem Grosseinsatz beteiligt sein. Durch Verhöre von Taliban- und El-Kaida-Kämpfern hoffen die USA, dem mutmasslichen Terroristenführer Osama Bin Laden auf die Spur zu kommen. 221 Taliban- und El-Kaida-Leute haben die US-Streitkräfte nach Angaben des Verteidigungsministeriums verhaftet. Einige würden auf dem US-Kriegsschiff «Bataan» im Indischen Ozean verhört.

Weitgehend ergebnislos blieb offenbar ein grösserer Vorstoss der US-Marines auf einen El-Kaida-Stützpunkt nördlich von Kandahar. Nach Angaben von US-Offizieren sind dort nur einige Handfeuerwaffen und Waffenhandbücher gefunden worden.

Der Stützpunkt sei vermutlich von Taliban-Milizen und El-Kaida-Kämpfern gemeinsam genutzt worden.



Die Suche nach Taliban-Chef Omar wird fortgesetzt.

### Internationale Schutztruppe

Die ersten Offiziere der internationalen Erkundungsteams sind bereits aus Kabul zurückgekehrt, nachdem sie dort nach geeigneten Quartieren für die Soldaten gesucht hatten. Zu dem in den kommenden Tagen erwarteten Vortrupp der internationalen Schutztruppe ISAF sollen auch 200 deutsche Soldaten gehören. Britische Experten suchten in den geplanten Unterkünften noch unter Hochdruck nach Minen. Nach Angaben des britischen Oberkomman-

dos der ISAF liegen auf allen fünf Militärbasen und auf dem Gelände des Hauptquartiers noch gefährliche Blindgänger.

Die Minengefahr in Kabul und Umgebung sei grösser als bei den Friedensmissionen in Kosovo und Bosnien. Der afghanische Regierungschef Hamid Karsai will im Februar nach Washington reisen. «Karsai will sich beim amerikanischen Volk sowie bei der Regierung und dem Kongress für die Unterstützung bedanken», sagte ein Regierungssprecher in Kabul.